

Migration als Herausforderung

Studie Zuwanderung ist in Liechtenstein ein heikles Thema. Soll oder muss sich das Land öffnen und was tut man mit hier lebenden Ausländern? Die Regierung beauftragte das Liechtenstein-Institut mit einer umfassenden Studie zum Thema.

VON JOHANNES MATTIVI

Innenminister Hugo Quaderer hatte sich im Mai-Landtag 2011 im Zuge einer Interpellationsbeantwortung zu Liechtensteins zukünftiger Zulassungs- und Einwanderungspolitik einige Kritik gefallen lassen müssen. Während sich die VU-Fraktion mit der Antwort «ihres» Innenministers zufriedengab, die bisherige Linie fortzuführen, orteten mehrere FBP-Abgeordnete in der Fremdenpolitik der Regierung einen Mangel an visionärer Gestaltungskraft und zu wenig Auseinandersetzung mit potenziellen Zukunftsszenarien. Alterspräsidentin Doris Frommelt (FBP) rügte die Ansicht der Regierung, dass in der aktuellen Zulassungs- und Einwanderungspolitik keine Konfliktsituationen bestünden: «Die Regierung sieht keine als von der Bevölkerung bedrohlich empfundene Entwicklung, keine Gefährdung des sozialen Friedens und keinen gezielten Handlungsbedarf. Für mich ist diese Haltung längerfristig problematisch, eine Haltung, die uns mit Sicherheit in einigen Jahren einholen wird.»

Zahlreiche Aspekte untersucht

Das liess der Innenminister nicht auf sich sitzen und beauftragte im vergangenen Herbst ein Expertengremium des Liechtenstein-Instituts, sich umfassend mit den politischen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Aspekten der Liechtensteiner Fremdenpolitik zu befassen. Die von acht Experten erstellte und mehr als 200 Seiten starke Studie «Herausforderung Migration in und für Liechtenstein» wurde am Freitag den Medien vorgestellt.

Liechtenstein sieht sich mit zwei Formen von Migration konfrontiert. Neben den 12 144 in Liechtenstein wohnhaften Ausländern (das sind



Der Politologe Wilfried Marxer vom Liechtenstein-Institut (li.) und Innenminister Hugo Quaderer stellen die mehr als 200 Seiten starke Studie «Herausforderung Migration in und für Liechtenstein» vor. (Foto: Michael Zanghellini)

«Das Rheintal ist ein Hightech-Valley, das Arbeitskräfte anzieht.»

WILFRIED MARXER
POLITOLOGE UND STUDIENAUTOR

33,3 Prozent der Bevölkerung) sind das 18 279 Pendler, die jeden Tag aus der Schweiz und Vorarlberg quasi als Arbeitsmigranten ins Land strömen. Unter diesen Zupendlern befinden sich immer mehr EU-Bürger, die sich aufgrund der Liechtensteiner Regelung, nicht mehr als ein Drittel Ausländer in der einheimischen Wohnbevölkerung zuzulassen, in der grenznahen Region ansiedeln. Ein Teil der Liechtensteiner

Zuwanderung wird damit an die Nachbarn delegiert. Politisch ist man im Land restriktiv. So hat sich Liechtenstein als EWR-Mitglied bei der EU eine Sonderregelung erwirkt, nach der entgegen dem Prinzip der Personenfreizügigkeit nur eine kleine Quote an jährlicher Zuwanderung er-

laubt werden muss. Nicht ganz zu Unrecht sorgt man sich im kleinen Land um die Grössenverträglichkeit der Zuwanderung, befürchtet einen Ausverkauf des knappen Bodens und einen Anstieg der Immobilien- und Mietpreise. Daneben gibt es in Teilen der ansässigen Bevölkerung generelle Ängste gegenüber dem Fremden, die von der Politik nicht ignoriert werden können, während andere Teile der Politik und der Industrie zumindest eine gelenkte Zuwanderung von Fachkräften fordern.

Restriktive Praxis stösst auf Kritik

Was international immer wieder auf Kritik stösst, so Innenminister Hugo Quaderer, ist die restriktive Einbürgerungspraxis im Land. Während etliche europäische Länder für den Erwerb der Staatsbürgerschaft nur fünf bis zehn Jahre Wohnsitz im

Land verlangen, sind es in Liechtenstein gleich 30 Jahre (wobei Jugendjahre doppelt zählen). Bei der als sehr traditionell empfundenen Urnenabstimmung in den Gemeinden haben abgelehnte Staatsbürgerschaftswerber keine Einspruchsmöglichkeit. In Diskussion steht auch die Einführung der Doppelbürgerschaft (bislang muss ein Eingebürgerter seinen alten Pass abgeben) und die Einführung des Stimm- und Wahlrechts für Ausländer auf Gemeindeebene, wie es in der EU üblich ist.

Die Regierung, so Innenminister Quaderer, hat inzwischen eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die sich mit oben genannten Themen befassen soll. Die Studie des Liechtenstein-Instituts dient dabei als Diskussionsgrundlage. Erste Ergebnisse werden für Februar erwartet.